

ENTWURF! Zur Diskussion und Verhandlung!

**Auftragsverarbeitungsvertrag unter Einbeziehung der EU-
Standardvertragsklauseln zwischen Verantwortlichen und
Auftragsverarbeitern gemäß Art. 28 Abs. 7 DSGVO
(Auftragsverarbeitungsvereinbarung)**

zwischen

der kubus IT eGbR, vertreten durch den Geschäftsführer Andreas Dahm-Griess,
Friedrich-Puchta-Straße 27, 95444 Bayreuth

- im Folgenden „Auftraggeber“ genannt -

und

vertreten durch:	

- im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt -

gemeinsam auch die „Parteien“ genannt.

Präambel

Die kubus IT eGbR ist Full-Service IT-Dienstleister für ihre Gesellschafter AOK Bayern – Die Gesundheitskasse und AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen. Weitere Gesellschafter und Kunden der kubus IT eGbR können hinzutreten. Beide Gesellschafter sowie gegebenenfalls weitere künftige Gesellschafter und Kunden der kubus IT eGbR werden im Folgenden gemeinsam auch als „Begünstigte“ bzw. „die Begünstigten“ bezeichnet. Die kubus IT eGbR verarbeitet als Auftragsverarbeiter für die Begünstigten als Verantwortlicher in großem Umfang personenbezogene Daten. Darüber hinaus verarbeitet

ENTWURF! Zur Diskussion und Verhandlung!

kubus IT in eigener Verantwortlichkeit ebenfalls – jedoch in weitaus geringerem Umfang – personenbezogene Daten.

Im Rahmen der Leistungserbringung nach dem mit Zuschlagserteilung zwischen den Parteien geschlossenen EVB-IT Cloudvertrag (nachfolgend „Hauptvertrag“ genannt) ist es erforderlich, dass der Auftragnehmer mit personenbezogenen Daten umgeht.

Der Auftragnehmer ist sich der besonderen Schutzbedürftigkeit der von ihm im Auftrag verarbeiteten Daten bewusst, und sichert dem Auftraggeber die Einhaltung eines hohen Datenschutzniveaus für die von ihm zu verarbeitenden Daten zu. Da es sich bei den Begünstigten um Körperschaften des öffentlichen Rechts handelt, welche hoheitliche Aufgaben übernehmen, unterliegt der Auftraggeber, soweit er in die Erfüllung dieser hoheitlichen Aufgaben eingebunden wird, bei der Ausübung seiner Tätigkeit zudem den für die Begünstigten geltenden öffentlich-rechtlichen Vorgaben oder muss deren Einhaltung zumindest sicherstellen, damit neben der Leistung des Auftragnehmers sowohl die Leistung des Auftraggebers als auch die Verarbeitung der Begünstigten „compliant“, das heißt in Übereinstimmung mit sämtlichen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, erfolgen.

Zur Sicherstellung der Einhaltung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen in Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung (Art. 28 EU-DSGVO) konkretisiert dieser Vertrag die datenschutzrechtlichen Rechte und Pflichten der Parteien im Zusammenhang mit dem Umgang des Auftragnehmers mit den im Auftrag für den Auftraggeber zu verarbeitenden Daten, insbesondere durch die Vereinbarung der EU-Standardvertragsklauseln.

1. Vertragsgegenstand

- 1.1 Mit diesem Vertrag vereinbaren die Parteien die Geltung der EU-Standardvertragsklauseln gemäß Durchführungsbeschluss (EU) 2021/915 der Kommission vom 4. Juni 2021 über Standardvertragsklauseln zwischen Verantwortlichen und Auftragsverarbeitern gemäß Artikel 28 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates und Artikel 29 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates (**Anlage „EU-Standardvertragsklauseln“**, im Folgenden kurz „EU-Standardvertragsklauseln“). Die EU-Standardvertragsklauseln sind auch dann wirksam einbezogen, sollten sie dem vorliegenden Vertrag nicht als Anlage beigelegt sein.

ENTWURF! Zur Diskussion und Verhandlung!

- 1.2 Zudem fügen die Parteien den EU-Standardvertragsklauseln mit diesem Vertrag gemäß Klausel 2 lit. b der EU-Standardvertragsklauseln („Unabänderbarkeit der Klauseln“) ergänzende Regelungen hinzu.
- 1.3 Die Bestimmungen dieses Vertrags finden Anwendung auf alle Tätigkeiten, die mit dem Hauptvertrag in Zusammenhang stehen und bei denen der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, Subunternehmer gleich welchen Grades, deren Mitarbeiter bzw. die sonstigen Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers mit personenbezogenen Daten einschließlich Beschäftigtendaten, der Begünstigten und des Auftraggebers (nachfolgend auch „Auftraggeber-Daten“ genannt) in Berührung kommen oder in Berührung kommen können.
- 1.4 Geschäftsgrundlage des Rechtsverhältnisses zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber ist, dass der Datenschutz beim Auftragnehmer nach der Art der zu verarbeitenden Daten wenigstens den Anforderungen genügt, die für den Auftraggeber gelten. Der Auftraggeber bzw. die Begünstigten verarbeiten insbesondere auch Daten einer hohen Schutzbedarfskategorie nach den Klassifikationen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

2. Geltung der EU-Standardvertragsklauseln

- 2.1 Die Parteien vereinbaren die Geltung der EU-Standardvertragsklauseln mit nachfolgenden Optionen.
- 2.2 Soweit in den EU-Standardvertragsklauseln vom „Verantwortlichen“ gesprochen wird, ist damit der Auftraggeber, und soweit vom „Auftragsverarbeiter“ gesprochen wird, ist der Auftragnehmer gemeint.
- 2.3 Soweit in den EU-Standardvertragsklauseln entweder auf die DSGVO (OPTION 1) oder auf die Verordnung (EU) 2018/1725 (OPTION 2) verwiesen wird, gilt vorliegend OPTION 1, also die Bezugnahme auf die hier einschlägige DSGVO.
- 2.4 Die fakultative Klausel 5 der EU-Standardvertragsklauseln („Kopplungsklausel“) kommt nicht zur Anwendung.
- 2.5 Klausel 7.7 lit. a) der EU-Standardvertragsklauseln („Einsatz von Unterauftragsverarbeitern“) wird dahingehend konkretisiert, dass OPTION 1 („VORHERIGE GESONDERTE GENEHMIGUNG“) mit einem Zeitraum für die

ENTWURF! Zur Diskussion und Verhandlung!

Einreichung des Antrags auf gesonderte Genehmigung von mindestens vier Wochen vor Beauftragung des Unterauftragsverarbeiters gilt. Ein Anspruch auf Erteilung der Zustimmung durch den Auftraggeber besteht nicht.

3. **Ergänzende Weisungen**

In Ergänzung zu den EU-Standardvertragsklauseln gelten insbesondere die in **Anhang V** festgelegten Weisungen des Auftraggebers.

4. **Begünstigte**

- 4.1 Zur Vornahme der Kontrollrechte nach Ziffer 7.6 lit c) und d) der EU-Standardvertragsklauseln („Dokumentation und Einhaltung der Klauseln“) sind neben dem Auftraggeber auch die Begünstigten berechtigt.
- 4.2 Der Auftragnehmer unterstützt neben dem Auftraggeber auch die Begünstigten gemäß Ziffer 8 lit c) 1) und 2) der EU-Standardvertragsklauseln („Unterstützung des Verantwortlichen“).

5. **Datenschutzbeauftragter**

Der Auftragnehmer hat einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten zu bestellen oder einen Ansprechpartner für den Datenschutz zu benennen (sofern ein Datenschutzbeauftragter nach Art. 37 Abs. 1 DSGVO nicht bestellt werden muss). Dieser wird zum Zweck der direkten Kontaktaufnahme in **Anhang I** mit Anschrift und telefonischer und elektronischer Erreichbarkeit mitgeteilt. Ein Wechsel der benannten Personen, insbesondere des Datenschutzbeauftragten bzw. des Ansprechpartners für den Datenschutz wird dem Auftraggeber unverzüglich mitgeteilt. Satz 2 und Satz 3 gelten für den Informations- bzw. IT-Sicherheitsbeauftragten, soweit ein solcher jeweils nach den gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen zu bestellen ist oder ohne eine solche Verpflichtung im Unternehmen des Auftragnehmers existiert, sowie für den vom Auftragnehmer zu benennenden IT-Verantwortlichen entsprechend.

6. **Vergütung und Aufwendungen**

Soweit der Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Durchführung der Pflichten nach den EU-Standardvertragsklauseln Leistungen erbringt oder ihm Aufwendungen entstehen, sind diese mit der laufenden pauschalen Vergütung aus dem Hauptvertrag abgegolten. Insbesondere hat der Auftragnehmer auch keinen gesonderten Anspruch auf Zahlung einer Vergütung nach Aufwand für die im Zusammenhang mit Klausel 7.6. der EU-

ENTWURF! Zur Diskussion und Verhandlung!

Standardvertragsklauseln („Dokumentation und Einhaltung der Klauseln“) zu erbringenden Leistungen.

7. Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte

Ein Zurückbehaltungsrecht oder Leistungsverweigerungsrecht steht dem Auftragnehmer und seinen Unterauftragnehmern jeglichen Grades an Auftraggeber-Daten nicht zu.

8. Haftung, Vertragsstrafe

8.1 Für Schäden des Auftraggebers im Zusammenhang mit einer Verletzung von Pflichten aus diesem Vertrag bzw. einem Verstoß gegen die gesetzlichen Datenschutzbestimmungen durch den Auftragnehmer gelten die gesetzlichen Haftungsregelungen. Etwaige zwischen den Parteien an anderer Stelle (z.B. im Hauptvertrag) vereinbarte Haftungsbeschränkungen finden insoweit keine Anwendung.

8.2 Macht ein Dritter gegen den Auftraggeber wegen der Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften Ansprüche geltend, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber durch Bereitstellung von Informationen und Unterlagen bei der Rechtsverteidigung gegenüber dem Dritten zu unterstützen. Soweit die Ansprüche begründet sind und ihre Ursache im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers haben, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber von den Ansprüchen freistellen. Darüber hinaus wird der Auftragnehmer dem Auftraggeber die aus der Rechtsverletzung resultierenden weitergehenden Schäden ersetzen und insbesondere den Auftraggeber von den Kosten einer angemessenen Rechtsverteidigung freistellen, es sei denn, der Auftragnehmer hat diese Schäden nicht zu vertreten.

8.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich für den Fall eines schuldhaften Verstoßes des Auftragnehmers oder eines seiner Erfüllungsgehilfen gegen eine wesentliche Verpflichtung aus den EU-Standardvertragsklauseln zur Zahlung einer vom Auftraggeber im Einzelfall nach billigem Ermessen zu bestimmenden und im Fall des Streits über die Angemessenheit vom zuständigen Gericht zu überprüfenden Vertragsstrafe. Wesentliche Verpflichtungen im Sinne von Satz 1 sind insbesondere die Verpflichtungen aus folgenden Klauseln der EU-Standardvertragsklauseln:

8.3.1 Klausel 7.1 lit. a) Satz 1 (Verarbeitung personenbezogener Daten nur auf dokumentierte Weisung des Verantwortlichen);

ENTWURF! Zur Diskussion und Verhandlung!

- 8.3.2 Klausel 7.2 („Zweckbindung“);
- 8.3.3 Klausel 7.3 („Dauer der Verarbeitung personenbezogener Daten“);
- 8.3.4 Klausel 7.4 („Sicherheit der Verarbeitung“);
- 8.3.5 Klausel 7.5 („Sensible Daten“);
- 8.3.6 Klausel 7.6 („Dokumentation und Einhaltung der Klauseln“);
- 8.3.7 Klausel 7.7 („Einsatz von Unterauftragsverarbeitern“);
- 8.3.8 Klausel 7.8 („Internationale Datenübermittlungen“);
- 8.3.9 Klausel 8 („Unterstützung des Verantwortlichen“);
- 8.3.10 Klausel 9 („Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten“).
- 8.4 Die Vertragsstrafen werden auf Schadensersatzansprüche angerechnet. Die Anwendbarkeit des § 341 Absatz 3 BGB ist ausgeschlossen.
- 8.5 Weitergehende Ansprüche und Rechte des Auftraggebers nach dem Gesetz bleiben hiervon unberührt.

9. Vertraulichkeit

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auch über das Ende des vorliegenden Vertrags hinaus die ihm im Zusammenhang mit dem vorliegenden Vertrag bekannt gewordenen personenbezogenen Daten, vertraulich zu behandeln. Weitergehende Verpflichtungen des Auftragnehmers aus dem Hauptvertrag, einer gegebenenfalls geschlossenen Vertraulichkeitsvereinbarung, sonstigen Vereinbarungen und dem Gesetz bleiben hiervon unberührt.

10. Rangfolge und Widersprüche

Die Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien stehen in folgender Rangfolge, wobei Bestimmungen der zuerst genannten Vereinbarungen bei Widersprüchen Vorrang vor den danach genannten besitzen:

- die EU-Standardvertragsklauseln,

ENTWURF! Zur Diskussion und Verhandlung!

- die Bestimmungen dieses Auftragsverarbeitungsvertrags nebst der Anhänge I bis V sowie deren Annexe und
- die Bestimmungen des Hauptvertrags.

11. Schlussbestimmungen

- 11.1 Dieser Vertrag unterliegt ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 11.2 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist der Geschäftssitz des Auftraggebers. Für Klagen des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer gilt zudem jeder weitere gesetzliche Gerichtsstand. Zwingende gesetzliche Bestimmungen über ausschließliche Gerichtsstände bleiben von dieser Regelung unberührt.
- 11.3 Die Gerichtsstandsvereinbarungen nach Ziffer 11.2 dieses Vertrags bestimmen sich ausschließlich nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 11.4 Sollte eine Bestimmung oder ein Teil einer Bestimmung dieses Vertrags unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit des Vertrags im Übrigen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, die unwirksame Regelung durch eine solche zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Regelung möglichst nahekommt bzw. entspricht und den Anforderungen des Art. 28 DSGVO gerecht wird. Die vorstehenden Sätze gelten für die Ausfüllung einer sich ergebenden Regelungslücke entsprechend.

12. Anlagen, Anhänge und Annexe

Folgende Anlage und Anhänge sind mit allen Bestandteilen Gegenstand des vorliegenden Vertrags:

Anlage: „EU-Standardvertragsklauseln“

Anhang I: „Liste der Parteien“

Anhang II: „Beschreibung der Verarbeitung“

Anhang III: „Technische und organisatorische Maßnahmen, einschließlich zur Gewährleistung der Sicherheit der Daten“

ENTWURF! Zur Diskussion und Verhandlung!

Anhang IV: „Liste der Unterauftragsverarbeiter“

Anhang V: Ergänzende Weisungen

Annex 1: Weisungsberechtigte Personen

Annex 2: Datenverarbeitungsstandorte

Annex 3: Muster der Verpflichtungserklärung zur
Wahrung der Vertraulichkeit

Annex 4: Meldung einer (möglichen)
Datenschutzverletzung